

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verlag: Rudolf Wolff in Berlin
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Alle unerlangt eingebliebenen Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die englisch-französische Annäherung in San Remo.

Fernbleiben Amerikas von den Sitzungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

San Remo, 20. April.

Aus San Remo wird gemeldet: Der Oberste Rat hielt gestern zwei Sitzungen ab. Die erste fand vormittags um 11 Uhr statt und galt der Beratung der türkischen Frage. Die zweite Sitzung war um 4 Uhr. Hierin wurde die Antwort auf die bekannte Wilsonsche Note in der türkischen Frage festgelegt und die finanziellen Bestimmungen des türkischen Friedensvertrages, sowie schließlich die Frage von Kurdistan behandelt. In beiden Sitzungen waren die Vereinigten Staaten nicht vertreten. — Die „Journal“ aus San Remo meldet, sollen die Teilnehmer an der Konferenz sich im Prinzip über die Notwendigkeit geeinigt haben, Deutschland zur Ausführung der Friedensbedingungen zu zwingen. Nur besteht noch eine Meinungsverschiedenheit über die hierbei anzunehmenden Mittel. Lloyd George ist dafür, wenn möglich, die Pfandgabe wieder einzuführen, während Frankreich sich mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands dagegen erklärt. Von anderer Seite wiederum verläutet, daß die Geschäftsträger der Entente in Berlin bereits im Besitz ihrer Regierungsaufträge seien, und daß man sich über die Mittel, Deutschland gegebenenfalls zur Durch-

führung der Bedingungen zu zwingen, ebenfalls geeinigt habe. — „Westminster Gazette“ meldet aus San Remo: Die neue Frage, nämlich die Haltung der Entente zu Deutschland, übertrug sich schließlich alle anderen. Es scheint, daß Frankreich und England sich geeinigt haben.

Millerand hofft nach seiner Rückkehr aus San Remo eine Beschränkung der Militärdienstzeit auf achtzehn Monate vornehmen zu können. Dadurch wird das französische Heer auf 350 000 Mann zurückgebracht. Die übrigen 350 000, die gegebenenfalls unter die Fahnen berufen werden, sollen dann aus Schwarzen bestehen. Der Bericht geht dann weiter: Auch in Deutschland muß es zu einer wirklichen Abrüstung kommen. Die bolschewistische Gefahr ist sehr übertrieben worden. Was die türkische Frage betrifft, so werden keinerlei Vorschläge gemacht werden, die Grund zu Meinungsverschiedenheiten geben könnten. Die Türkei wird auf ein sehr kleines Gebiet beschränkt werden, da Syrien, Palästina, Arabien, Armenien, Mesopotamien, Thrakien und Embria vom Reiche getrennt werden. Hinter Anatolien wird eine französische, hinter Wallis eine italienische Zone vorgesehene. Der Sultan bleibt in Konstantinopel, aber die Stadt und die Meerenge werden internationalisiert und das ganze übrige Reich unter alliierte Kontrolle gestellt.

Nach einer Gabel-Meldung wohnte der ersten Sitzung der interalliierten Ministerkonferenz in San Remo kein militärischer oder Marineadmiral bei.

San Remo.

Es kann als sicher, und konnte stets als selbstverständlich angenommen werden, daß in San Remo zwischen England und Frankreich ein gemeinsamer Schritt oder eine gemeinsame Kundgebung gegen Deutschland vereinbart werden wird. Die englische Regierung hat durch die französische Regierung, die nicht nur auf eine vorübergehende Befragung Frankreichs und Darmstadt hinausläuft, einen tiefen Strich gemacht. Herr Millerand hat dem englischen Botschafter Lord Derby versprochen müssen, daß die französischen Truppen gleichzeitig mit der Zurückziehung der Reichswehr aus dem Ruhrgebiete die besetzten Städte — und nicht in zeitlichen Abständen, sondern in einem Zuge — räumen werden, und Lord Derby hat erst nach dem Empfang dieses Versprechens an den Beratungen über die deutschen Angelegenheiten wieder teilgenommen. Niemand konnte daran ansetzen, daß die englische Regierung, die so die Widerstände des französischen Militarismus verlor, einem selbständigen und eigenmächtigen Vorgehen Frankreichs den Weg versperren und dadurch die französische Empfindlichkeit tief gereizt hatte, in San Remo bereit sein werde, irgendwas zur Milderung dieser Bestimmungen zu tun. Wenn England nicht will, daß Frankreich eine Hegemonie auf dem Kontinent ausübt, und wenn es nicht will, daß die vom „Temps“ der ganzen nationalistischen Presse und der Kammer unterstützten Pläne des Hochmilitarismus, die eine „Waldsuna“ Deutschlands bedeuten, verwirklicht werden, so handelt es nicht aus Liebe zu uns, sondern seiner eigenen politischen Ziele wegen. Aber nur ganz dumme Jungen, die von Politik und vom Auslande nichts wissen, können in ihrem kindischen Unverstande der Meinung sein, weil England keine Politik, und nicht die Untrüge treibe, sollten wir uns, in so hartem Gegenlicht zu ihm auf die Seite seines französischen Nebenbuhlers stellen, der unsere Freundschaft leider nicht gerade zu suchen scheint, und dessen Politik noch weit weniger die Untrüge ist. Da die Pariser Presse so gern die wenigen Berliner Blätter zitiert, die der französischen Reichspolitik zu Hilfe eilen, darf man wohl auch die insinuationistische „Humanität“ anrufen, die über den strategischen Plan des französischen Militarismus und sein Scheitern schreibt:

„Einmal in Frankfurt, hätten trotz des Versprechens, es nach dem Abbruch der Reichswehr aus der neutralen Zone wieder zu verlassen, die Vorstände zum längeren Verbleiben nicht geschickt. Nach den im Friedensvertrage für die Befreiung des linken Rheinuferes vorgesehene fünfzehn Jahren hätte man Deutschland dahin gebracht, daß mit dem Verlust dieses Territoriums abgefunden, indem man dafür das rechte Rheintal, über welches George hat, nicht worten wollte, bis die Dinge zu weit abgehoben waren.“

Nachdem England und Italien — dessen entscheidende Haltung gegenüber den Unternehmungen des französischen Militarismus ungeniem unterwirft hat — die Geisheit erlangt haben, daß die französischen Truppen wieder zurückmarschieren werden, ist, wie gesagt, Lloyd George bereit, den Franzosen und uns zu zeigen, daß er damit keineswegs Deutschland gefahrlos stellen, den Pariser Vertrag zu verletzen oder zu entwerfen. Er ist den Franzosen durch eine für uns unbestreitbar sehr günstige Handlung entgegengetreten, und er wird den Beweis liefern, daß er auch einen Schritt entgegen sich nicht an die Vertragsbedingungen halten wollte, entgegen zu treten geneigt ist. Die Frage, die Frankreich am meisten bedrückt und interessiert, ist die Entwaffnung des Reichs und die in San Remo verabredete Aktion dürfte in dieser Linie auf die Durchföhrung der im Friedensvertrage vorgesehene Entwaffnung gerichtet sein. Deutschland hätte, nach den letzten Abmachungen, bis zum 10. April 200 000 Mann unter Waffen halten dürfen, und am 10. Juni dann nur noch die Erfüllung dieser Bedingung dringen. Die interalliierte Kommission, die in Deutschland die Kontrolle ausübt, erklärt auch, daß bei der Ablieferung der Geschütze und des Kriegsmaterials zahlreiche Vertragsverletzungen vorgekommen, und daß beispielsweise auch Geschütze, die abgeliefert werden sollten, beschlachtet worden seien. Ohne jetzt in Einzelheiten einzugehen, darf man wohl zugeben, daß gewisse Träger des deutschen Militarismus, gegen den Willen der deutschen Regierung, die Entwaffnung zu verhindern veruchten, und wir sehen ja, wie die Freikorps und andere Truppenverbände, die längst hätten verschwinden müssen, sich gegen die Aufständische sperren. Unbekannt ist noch, welche Maßnahmen man in San Remo androhen will, um die Entwaffnung herbeizuföhren. Es wird wieder von Wladimir drohungen gesprochen, die kaum noch ausmachbar erscheinen, und die nationalistic Pariser Presse empfiehlt, ihrem Instinkte folgend, abermals das Ruhrgebiet zu besetzen, diesmal freilich nicht durch französische Truppen allein. Für uns ist die Frage vor allem eine Frage der Möglichkeiten — wir wünschen die Abfertigung, die Erfüllung des Vertrages, aber wie spürt man die verstockten Elemente auf, wie sehr man in Pommern und überall sonst die Entwaffnung durchführt, und nicht nur in der Drohung von San Remo, sondern auch in der näherliegenden, die mit ihr im Zusammenhang steht, ist der dunkle Punkt.

Die alliierten Mächte haben jedoch in Berlin eine Erklärung überreichten lassen, in der sie mit großer Entschiedenheit darauf hinweisen, daß sie gegenüber jedem neuen Schritt, jedem reaktionären Gewaltunternehmen, zu schärfsten Abwehrmaßnahmen entschlossen seien. Diese Erklärung ist gewissermaßen die Vorbereitung für die Geschäfte, die man in San Remo lassen wird. Jedenfalls kann aus ihr jeder, der die Verhandlungen und die vollständige Deutschland führen müssen, die man heute in Pommern, in Schlesien, in Ostpreußen und anderswo mit unerhörter Gewaltentföhrung betreibt. Wer an ihnen teilnimmt oder sie befragt, daß er die Zerstückelung und Vernichtung Deutschlands unabwehrbar machen würde, und begehrt gemeinen, christlichen Mord.

Die Ententegegenstände gegen jeden neuen Militärputsch.

Erklärungen der Ententegegenschäftsträger in Berlin.

„Gegen jeden antidemokratischen Anschlag.“

Berlin, 20. April. (W. L. B.)

Ungeachtet der jüngst unläugenden Gerüchte über die Möglichkeit eines neuen Militärputsches haben die Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, die gegen jeden antidemokratischen Anschlag aus, ihr Geschäftsträger ermächtigt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß diese Regierungen eine deutsche Regierung, die nicht geneigt sein würde, den Friedensvertrag loyal auszuführen, in keiner Weise dulden könnten. Jede Wiederkehr einer revolutionären Bewegung, ebenso wie jeder Wiederansbruch von Unruhen wird nur das eine Ergebnis haben, die Maßnahmen zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Befreiung Deutschlands zu verzögern oder sogar unmöglich zu machen, während andererseits die alliierten Regierungen versprechen haben, derartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Zur Auslieferung Kapps.

Die Rechtslage.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

b. Stockholm, 19. April.
Wie ich erfahre, ist man in Pariser politischen Kreisen mit den in Stockholm Kapp gegenüber ergreifenden Maßnahmen sehr zufrieden. Viele Deputierte erklärten dem Berichtsführer der Nordischen Pressezentrale gegenüber, die schwedische Regierung habe auf diese Weise ihre Sympathie für die Sache des Friedens und der europäischen Demokratie dokumentiert. Wie die „Nydagligt Ullshanda“ erzählt, sieht Kapp vorläufig in Haft, weil man erwartet, daß die deutsche Regierung seine Auslieferung verlangen werde.

Ueber die Rechtslage wegen der Auslieferung erfahre ich folgendes: In dem deutsch-schwedischen Auslieferungungsvertrag bestimmt zwar Artikel 6, daß die Auslieferungsbestimmungen auf Personen, die sich eines politischen Verbrechens schuldig gemacht haben, keine Anwendung finden. Jedoch ist infolge eines Uebereinkommens zwischen den Regierungen der drei nordischen Länder im Jahre 1917

ein schwedisches Gesetz erlassen, wonach jeder Ausländer, der aus irgend einem Grunde ausgewiesen wird, nach seiner Heimat abgehoben ist, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er in seiner Heimat eines politischen Verbrechens beschuldigt wird, oder nicht. Voraussetzung für diese Abschiebung in die Heimat ist nur, daß er sich eines, wenn auch noch so geringen Verbrechens gegen ein schwedisches Gesetz schuldig gemacht hat. Seitdem ist jedes die Abschiebung von Ausländern in ihre Heimat erfolgt, wenn sie schwedisches Boden ohne schwedisches Passivum betreten, oder nicht innerhalb der gesetzlich festgesetzten Zeit des Aufenthaltstitels erlangten, ohne welches dem Ausländer der Aufenthalt in Schweden verboten ist, aber wenn sie einen falschen Namen angenommen haben. Dieses Gesetz ist heute noch in Kraft und da Kapp den schwedischen Boden ohne das erforderliche Passivum betreten hat, muß seine Auslieferung unweigerlich erfolgen, falls sie von der deutschen Reichsregierung verlangt wird.

Verhaftete Postkumtruppen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

X. Stettin, 20. April.

Ueber die Verhaftung von zwei Offizieren und vierzig Mann Postkumtruppen veröffentlicht das Stettiner Postbüro einen Bericht: Der Führer dieser Truppe ist der Oberleutnant Wilmeyer, welcher Anfang März mit diesen Leuten aus dem Münsterlager nach Anklam kam, und diese auf die Güter des Kreises verteilte. Die Leute gehörten seiner Batterie an, welche im Dezember aus Aurand zurückgeführt und nach dem Münsterlager übergeführt war, um dort aufgelöst zu werden. Am Tage des Kapp-Putsches sammelte Wilmeyer seine Leute auf dem Gute Karlsburg und bewaffnete sie. Waffen und Munition erhielt er von den Gutsbesitzern. Dem in Auto auf dem Gute eingetroffenen Hauptmann Wolff des Wehrtruppenkommandos II stellte er sich zur Verfügung. Von Karlsburg rückte Oberleutnant Wilmeyer mit seiner Truppe zunächst nach dem Gute Zielen und von dort nach Anklam, wo er unter dem Kommando des Hauptmanns Wolff mit Reichswehrtrosten und Helfreiwöhligen die Arbeiterhöfe entwaffnete. Von Anklam wurde die Truppe nach Posenall übergeführt, neu eingekleidet und zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung nach Prengeln abgeführt. Hier blieb sie etwa 14 Tage. Wilmeyer zahlte seinen Leuten täglich 14 Mark. Er verfuhr dann, für seine Leute Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen, was ihm bisher nicht gelang. Deshalb machte er sein Standaquartier in einem Stalle bei Margard auf, wo die Truppe entwaffnet und festgenommen wurde. Sie wurde heute dem Amtsgericht zugeführt, wo sie sich wegen Bildung eines bewaffneten Haufens und Teilnahme an einer vor der Staatsregierung geheimgehaltenen Verbindung zu verantworten haben wird.

Das Inkrafttreten der neuen Postgebühren.

Die neue Postgebührenordnung, über deren Einzelheiten wir bereits berichteten, wird nunmehr in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung zur ersten Lesung vorgekommen werden. Ueber das Inkrafttreten der neuen Tarife wird, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung, folgendes mitgeteilt:

Es ist beabsichtigt, nur die Erhöhung der Brief- und Paketgebühren am 1. Mai einzuföhren. Der neue Zeitungsposttarif und die erhöhten Telegraphen- und Telephongebühren sollen dagegen rückwärts am 1. Juli in Kraft treten, um den Inkubern von Harnsprachenplänen die Möglichkeit rechtzeitiger Abwendung zu geben.

Die preussische Landesversammlung nimmt heute nachmittags ihre Beratungen wieder auf. Heute werden nur kleine Anfragen und kleinere Vorlagen erledigt, in den nächsten Tagen aber geht die Landesversammlung an ihre hauptsächlichsten Aufgaben, an die Beratung neuer preussischer Verfassungen heran.

32. Kongreß für innere Medizin.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters)

C. L. Dresden, 20. April.

Der 32. Kongreß für innere Medizin läßt heute, wenn man von der Kriegslogik in Warschau abliest, zum ersten Male wieder seit Kriegsausbruch, Er ist von über 800 Teilnehmern, darunter den bekanntesten Klinikern aus dem Reiche, zum Teil auch aus Deutsch-Oesterreich besucht. Man bemerkt auch den schwedischen Kliniker Professor Petren aus Lund sowie Professor Staehelin-Balei aus Berlin und anwesend die Professoren Kraus, His, G. Klempner, Morgenroth, Nimmer, Zinn u. a. — Vorsitzender ist Professor Winzowski-Breslau, der den Kongreß mit einer der neuen Aufgaben der inneren Medizin kurz fassigierenden Ansprache eröffnete. Hauptgegenstand der Verhandlungen ist die Behandlung der Infektionskrankheiten mit speziell gegen die Erreger der Krankheit gerichteten chemischen serotherapeutischen Mitteln. Darüber berichtete Professor Schittenhelm-Rief.